

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen

Nach dem grossen Effort zur Bekämpfung der Durchsetzungsinitiative, stehen bereits am 5. Juni wieder wichtige Abstimmungen an. Silvana Naef äussert sich zum Laienrichtertum und Walter Steiger zur „Milchkuhinitiative“. Es war zudem vorgesehen, dass ich einen Beitrag zur Revision des Asylgesetzes mache. An der Vorstandssitzung wusste ich aber noch nicht, dass die SP Schweiz eine eigene kleine Kampagne mit Infotext führt. Deshalb übernehmen wir diesen Beitrag von der SP Schweiz, da ich es selber nicht besser formulieren könnte.

Ebenfalls anfangs Juni, genau am 9. findet unsere Jahresmitgliederversammlung wie gewohnt im Cafi Obergass statt. Beginn ist 19:30 Uhr bis ca. 20 Uhr. Danach veranstalten wir einen kleinen Behördenanlass mit je einem Vertreter aus dem Kantonsrat, dem grossen Gemeinderat und der Kreisschulpflege Stadt-Töss. Als Kantonsrat konnten wir Andi Dauru verpflichten. Den Gemeinderat vertritt Christa Meier und ich vertrete die neu zusammengelegte Schulpflege Stadt-Töss. Alle drei werden erst einen kleinen Input geben und danach beim Apéro können Fragen gestellt und hoffentlich rege diskutiert werden. Ich hoffe auf zahlreiches Erscheinen!! Der Anlass nach 20 Uhr ist öffentlich.

Nun bleibt mir, Euch einen schönen Frühsommer zu wünschen. Nachdem der Bögg am Sechseläuten nicht brennen wollte, kann es ja nur noch besser kommen mit weniger Kälte und mehr Sonne.

Liebe Grüsse
Martina



Martina Niedermann
SP Altstadt/Mattenbach



Vorlagen & Parolen

vom 5. Juni 2016

National:

- NEIN** zur Initiative «Pro Service Public»
- NEIN** zur Milchkuh-Initiative
- JA** zur Asylgesetzrevision
- NEIN** zur VI „Bedingungslosen Grundeinkommen“
- STIMMFREIGABE** zum PID

Kantonal:

- JA** zu den Wahlvoraussetzungen für Bezirksrichter/innen

Winterthur:

- NEIN** zur VI «Schaffe und Wohne z' Winterthur»

Milchkuh-Initiative Nein

von Walter Steiger, Vorstand SP A/M

Unter dem Vorwand Staus zu beseitigen, verlangt auto-schweiz, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer ausschliesslich dem Strassenverkehr zugutekommen sollen. Aktuell fliesst die Hälfte dieser Einnahmen in den allgemeinen Bundeshaushalt. Die Milchkuh-Initiative setzt unser exzellentes Transportsystem aufs Spiel und führt zu mehr Strassen, mehr Verkehr, mehr Luftverschmutzung und mehr CO₂-Ausstoss.

Ein Bauer besitzt eine Kuhherde. Die Kühe werden von ihm gemolken, die Milch wird verkauft. Ein Teil des Erlöses wird für den Unterhalt und die Erweiterung des Stalls, für die Pflege der Kühe und für den Lebensunterhalt des Bauern verwendet. Der Rest fliesst in die verschiedenen übrigen Auslagen, damit die Kühe ein angenehmes Leben führen können. Leider reicht das Geld nicht - auch andere Tiere müssen dazu beitragen.

Die sogenannten Milchkuhe der Nation werden massiv subventioniert. Die Kantons- und Gemeindestrassen werden meistens aus den allgemeinen Steuern finanziert. Kantone und Gemeinden geben dafür jährlich über 5 Milliarden Franken aus. Dem stehen laut Strassenrechnung nur rund

2,3 Milliarden Franken an Einnahmen aus den kantonalen Motorfahrzeugsteuern gegenüber; das ist nicht einmal die Hälfte. Noch schlimmer: Die jährlich durch den motorisierten privaten Personen- und Güterverkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten belaufen sich auf 6,5 Milliarden Franken. Diese Kosten trägt die Allgemeinheit.

Eines Tages aber beginnen einige der Leitkühe zu reklamieren und die Herde gegen den Bauern aufzuwiegeln: "Die Milch gehört uns und wir wollen den ganzen Erlös aus der Milch für uns, für mehr Futter, für grössere Weiden und für komfortablere Ställe! Der Bauer soll doch sein Geld an anderen Orten holen!"

Die Strassenlobby will den Bereichen Bildung, Landwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Militär und Entwicklungszusammenarbeit jährlich 1,5 Milliarden Franken entziehen.

Einige Zeit nach der Entmachtung des Bauern verlottert der Bauernbetrieb, die übrigen Tiere darben in einer wüsten Landschaft, die Luft wird durch den Ausstoss der Kühe immer schlechter.

Profis ans Bezirksgericht!

von Silvana Naef, Gemeinderätin

Mitglieder der SP, CVP, FDP, GLP und Grüne lancierten eine Parlamentarische Initiative zur Abschaffung des Laienrichtertums an erstinstanzlichen Gerichten. Der Regierungs- und Kantonsrat spricht sich klar für die Initiative aus. Die SVP, unterstützt von EDU und EVP, ergriff aber das Referendum. Über die Vorlage muss nun am 5. Juni 2016 das Volk entscheiden.

Für die Ausübung eines Berufs braucht es Fachwissen. So wie es selbstverständlich ist, dass ein Auto von einem ausgebildeten Mechaniker repariert wird oder man sich bei Rechtstreitigkeiten an Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit juristischer Ausbildung wendet, sollen auch Bezirksrichter/-innen Profis sein, die über eine juristische Ausbildung verfügen! So lautet die Kernbotschaft des Abstimmungskomitees. Bisher können im Kanton Zürich auch Laienrichter/-innen ohne juristische Vorbildung über komplexe Fälle Recht sprechen. Dies ist nicht mehr zeitgemäss, da heute rund 95% aller Gerichtsverfahren von einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter entschieden werden. Bei den Verfahren, welche von Einzelrichterinnen und Einzelrichtern entschieden werden, handelt es sich zum Beispiel um Scheidungen, welche je nach Verhältnissen sehr komplex sein können und in welchen Urteile gefällt werden,

welche das Leben der Betroffenen viele Jahre lang prägen können. Auch die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren einige Laienrichterinnen und Laienrichter kurz nach ihrer Wahl wieder zurücktraten, zeigt auf, dass dieses Modell nicht mehr in die heutige Zeit passt.

Die SP Kanton Zürich hat zur Vorlage «Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (Änderung vom 30. November 2015; Wählbarkeitsvoraussetzungen für Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter)» einstimmig die Ja-Parole gefasst. An vielen Bezirksgerichten im Kanton Zürich, so auch am Bezirksgericht Winterthur, ist es schon lange Realität, dass dort nur Richterinnen und Richter mit juristischer Ausbildung im Amt sind. Dieses Ziel gilt es nun auch noch für diejenigen sechs Bezirksgerichte im Kanton Zürich, an welchen noch Laienrichterinnen und Laienrichter im Amt sind, zu verwirklichen. Jeder und jede, die sich in einer Rechtstreitigkeit an ein Bezirksgericht wenden muss oder unfreiwillig in einen Rechtsstreit verwickelt wird, soll Anspruch darauf haben, dass die Angelegenheit durch eine Richterin oder einen Richter mit entsprechendem Fachwissen beurteilt wird.

Weitere Infos: www.profis-am-bezirksgericht.ch

JA zur Asylgesetzrevision

SP Schweiz und Ja Komitee

Mit der Milchkuh-Initiative geht es ausschliesslich um Autobahnen. Die Initiative löst die Verkehrsprobleme innerhalb von Städten und Agglomerationen nicht und gefährdet den Bahninfrastrukturfonds über den das Volk im 2014 abgestimmt hat. Sie bringt keinen einzigen Franken mehr für Velo- und Busspuren. Für Umfahrungsstrassen und Fussgänger bringt die Initiative auch nichts. Die Schweiz ist ein kleines Land. Das Strassennetz kann nicht unendlich ausgebaut werden. Bereits heute entfällt ein Drittel der bebauten Fläche auf die Verkehrsinfrastruktur, 90% davon sind Strassen. Werden nun zusätzliche 1.5 Milliarden Franken für den Strassenbau ausgegeben, wird jedes noch so absurde Projekt realisiert. Das Resultat ist klar: Die Asphaltierung der Schweiz und die weitere Zersiedelung unseres Landes.

Die Auto-und Strassenlobby will aus uns allen Kühe machen. Das lassen wir uns nicht bieten!

Deshalb: Nein zur unsäglichen Milchkuh-Initiative!

(Zitate: www.verkehrsclub.ch/unsere-themen/milchkuh-initiative)

Grundeinkommen

Finanzierung und Sozialwerke?

Die Schweiz ist das erste Land, das über ein bedingungsloses Grundeinkommen abstimmt. Der Vorschlag ist, den Teil des Einkommens, den man unbedingt zum Leben braucht, allen bedingungslos zu gewähren. Gemäss Initiativtext soll damit «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglicht werden.

Experten prognostizieren dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt. Das Grundeinkommen nimmt sich dem technologischen Fortschritt an und gibt darauf eine humanistische Antwort. «Gute Idee, aber nicht finanzierbar!» Die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens müssen per Gesetz geregelt werden; die Initiantinnen und Initianten schlagen für Erwachsene 2500 Franken pro Monat vor, für Kinder 625 Franken.

Die SP steht der Idee eines Grundeinkommens grundsätzlich wohlwollend gegenüber, lehnte die Initiative aber trotzdem ab, weil sie als Vorwand zum Abbau des Sozialstaats missbraucht werden könnte.

www.bedingungslos.ch / www.grundeinkommen.ch

Die Reform von Justizministerin Simonetta Sommaruga will das Asylwesen neu strukturieren und Verfahren schneller abwickeln. Für Asylsuchende, deren Gesuche rasch entschieden werden können, wird das Verfahren massiv beschleunigt. Sie wissen nach 140 Tagen, ob sie in der Schweiz Schutz erhalten oder das Land wieder verlassen müssen. Voraussetzung für die neu strukturierten Verfahren sind die Bundesasylzentren. Dort werden 60 Prozent der Asylsuchenden untergebracht, deren Gesuche rasch abgewickelt werden können. Bei den übrigen 40 Prozent der Asylsuchenden sind vertiefte Abklärungen nötig. Diese Menschen werden wie bisher in den Kantonen untergebracht und das Verfahren wird innerhalb eines Jahres abschliessen. Neu dürfen sie in dieser Zeit arbeiten. Um weiterhin faire Verfahren garantieren zu können, haben die Asylsuchenden im beschleunigten Verfahren einen Anspruch auf kostenlose Rechtsberatung und auf Beratung zum Asylverfahren.

Der Bundesrat, das Parlament und eine breites Bündnis aus Parteien und NGO befürwortet die Reform.

Weitere Infos: www.sp-ps.ch und www.asylg-ja.ch

Schaffe und Wohne z'Winti

Volksinitiative der GLP

Am 5. Juni 2016 wird in der Stadt Winterthur über die Volksinitiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur» abgestimmt. Stadtrat und Grosser Gemeinderat empfehlen die Ablehnung der Initiative unter Verweis auf den vom Parlament gutgeheissenen indirekten Gegenvorschlag, welcher bei Ablehnung der Initiative in Kraft tritt.

Die Umsetzung der Volksinitiative birgt teilweise unlösbare Probleme. So werden beispielsweise konkrete Verhältnisse zwischen Anzahl Arbeitsplätzen und Einwohnenden als Ziel vorgegeben, was sich in der Realität nicht steuern lässt. Im Weiteren wird ein grosser Aufwand für das Controlling ausgelöst. Die Gemeindeordnung ist nicht das richtige Gefäss für dieses Ansinnen.

Aus diesen Gründen lehnt die SP die Initiative ab, obwohl sie ihr eigentliches Ziel, nämlich die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, als sehr wichtig erachtet. Die SP unterstützt den indirekte Gegenvorschlag des Stadtrates, der verlangt, dass die Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze zum strategischen Ziel erklärt wird. Der Stadtrat wird dem Grossen Gemeinderat danach alle zwei Jahre ein Reporting über die aufgegleisten Massnahmen und die Entwicklung der Arbeitsplätze vorlegen.

Einladung Jahresversammlung

SP Altstadt/ Mattenbach

Donnerstag, 9. Juni 2016

Mitgliederversammlung: 19.30 Uhr, Restaurant Obergass, Säli im 1. Stock

Behördenabend: 20.00 Uhr, Restaurant Obergass, Säli im 1. Stock

19:30 Uhr; Mitgliederversammlung SP Altstadt/Mattenbach

Traktanden:

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler/innen, Entschuldigungen, Protokollführung, Genehmigung der Traktanden
2. Protokoll der GV vom Do, 18. Juni 2015
3. Rückblick, Jahresbericht 2015
4. Wahl der Vorstandsmitglieder
5. Wahl der Vertreter/innen in den Parteivorstand der SP Bezirk Winterthur
6. Budget 2016 / Jahresplanung 2016
7. Varia

Ab 20.00 Uhr: Apéro und Behördenabend (öffentlich)

mit Andi Dauru, Kantonsrat,
Christa Meier, Gemeinderätin und
Martina Niedermann, Kreisschulpflege Stadt/Töss

Wir freuen uns, euch an der Jahresversammlung
und beim anschliessenden Behördenabend begrüßen zu können.

Für den Vorstand: Martina Niedermann